



Österreich



Interview mit Barbara Blaha

Vorwärts bat Barbara Blaha zum Interview zur Regierung, der Entwicklung der SPÖ, dem Potenzial für Widerstand gegen Sozialabbau und für eine neue Partei in Österreich.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Alternative Konferenz für GewerkschafterInnen

Am 19. Mai findet in Wien eine Konferenz von GewerkschafterInnen statt, auf der über gemeinsame kämpferische Strategien beraten wird.

SEITE 3

Schwerpunkt



SPÖ: Von Otto Bauer zu Alfred Gusenbauer

Die historische Sozialdemokratie und die SPÖ heute haben inzwischen nichts mehr gemeinsam. Eine neue ArbeiterInnenpartei in Österreich ist notwendig.

Seiten 4/5

Internationales



Wachsende soziale Gegensätze in China?

Die chinesische Führung lenkt den "roten Riesen" Richtung Kapitalismus. Doch statt blühender Landschaften entsteht ein soziales Pulverfass. Darüberhinaus droht auch noch eine Umweltkatastrophe ungeahnten Ausmaßes.

SEITE 7

Statt Kampfflieger: Gegen Armut kämpfen!

Kein Cent für Eurofighter!



von Jan Rybak SLP-Salzburg und Sonja Grusch, SLP-Wien

Die schwarz-blaue Regierung hatte weitere Aufrüstung beschlossen. Die Gusenbauer-Regierung setzt diesen Kurs fort. Zwar wird medienwirksam über einen Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag bzw. eine Stück- oder Kosten-Reduktion spekuliert - aber dann würden andere sauteure Abfangjäger gekauft! Nach fast sieben Jahren schwarz-blau/orangem Neoliberalismus hatten viele gehofft, die SPÖ wäre das kleinere Übel. Gusenbauer versuchte sich im Wahlkampf als "Sozialfighter" darzustellen. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht.

DAS REGIERUNGSPROGRAMM IST NEOLIBERAL!

- ✘ Studiengebühren werden beibehalten
- ✘ Kündigungsschutz für Lehrlinge wird aufge- weicht, Unternehmen werden weiter subventioniert
- ✘ Treibstoffpreise werden erhöht, gleichzeitig die KFZ- Steuern für LKW halbiert
- ✘ Im öffentlichen Dienst werden Stellen abgebaut
- ✘ Zwangsarbeit für Arbeits- lose und Verlängerung der täglichen Maximalarbeits- zeit

Das Regierungsprogramm ist nicht nur neoliberal, der rassistische Kurs wird ebenso fort- gesetzt wie die Aufrüstung

Österreichs. Der "Unsozial-Fighter" Gusenbauer hat folgendem zuge- stimmt: "Österreich wird - wie bisher - die (...) Wah- rung der Lufthoheit in Form der aktiven und pas- siven Luftraumüberwa- chung (...) sicherstellen."

Im Klartext: selbst wenn die Eurofighter nicht kom- men, kommen andere Abfang- jäger. Was nicht verwunderlich ist: es sei nur daran erinnert, wie sich die SPÖ in den 1980er Jahren für den Ankauf der Ab- fangjäger der schwedischen Marke Saab Draken stark ge- macht hat! Auch damals gab es heftigen Widerstand gegen diese Aufrüstung, die mit Pri- vatisierungen und Sozialabbau der SPÖ-FPÖ-Regierung ein- herging. Damals erklärte die SPÖ, dass der Ankauf notwen- dig wäre und argumentierte gegen einen Vertragsausstieg.

WAFFENKAUF – SUMPF DER KORRUPTION

Das Waffengeschäft ist seit je- her ein korruptes. Auch in Österreich wurden Vermutun- gen in diese Richtung bei Waf- fenkäufen immer wieder laut. Betroffen waren VertreterIn- nen fast aller etablierten Par- teien. Die Frage hat in Öster- reich mit der Existenz des BZÖ eine besondere Brisanz, da of- fensichtlich v.a. dem BZÖ an- gehörende bzw. nahe stehende Personen durch die im Unter- suchungsausschuss aufgedek-

kte (Spitze des Eisberges?!) in ein ungünstiges Licht geraten. Selbstverständlich werfen wir ohne rechtskräftige Verurteil- ung niemandem ein illegales Vorgehen vor. Aber die Geldflüsse und offenen Fragen wirken nicht gerade vertrauenser- weckend...

KAMPFJETZ – NEIN DANKE!

Wer braucht Abfangjäger? Vor welchen "Feinden" sollen sie uns schützen? Die tatsäch- lichen Probleme in Österreich sind nicht die Bedrohung durch eine "ausländische Luft- waffe" - sondern Arbeitslosig- keit und Armut! Jeder Cent, der für Aufrüstung verwendet wird, ist eine Verschwendung. Die Gesamtkosten der Euro- fighter liegen bei geschätzten 4 Milliarden Euro. Allein für 2007 und 2008 sind im Budget 718 Millionen Euro dafür vor- gesehen.

Zum Vergleich: 2005 lagen die Einnahmen aus den Stu- diengebühren bei 140 Millio- nen Euro. Im aktuellen Budget sind 665,4 Millionen Euro für Gesundheit vorgesehen, 574,4

Millionen Euro für Umwelt, 183,6 Millionen Euro soll der Bundesbeitrag zur Arbeits- marktpolitik ausmachen. "Für die im Regierungsabkommen beschlossene Bildungsoffensi- ve im Schulwesen stehen 2007 50 Mio. zur Verfügung," verkündet das Finanzministe- rium stolz. Eine Kommentie- rung dieser Zahlen erübrigt sich ...

Daher: Kein Cent für Kampf- flieger, egal welchen Typs. Stattdessen ein massives In- vestitionsprogramm in Bildung, Gesundheitswesen, Wohnen und Umweltschutz. Für eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche ohne Lohnverlust und bei gleichzei- tiger Einführung eines Min- destlohnes von 1100.- netto. Ein solches Programm be- kämpft die wirklichen "Fein- de" von ArbeitnehmerInnen, sozial Schwachen und Jugend- lichen.

AUSSTIEG SOFORT!
DIE VERANTWORTLICHEN
SOULEN ZAHLEN

Das juristische Geplänkel

über die Möglichkeit oder Un- möglichkeit eines Ausstieges aus dem Vertrag interessiert arbeitslose Jugendliche nicht. Warum sollen wir Steuerzah- lerInnen für einen Vertrag zahlen, den wir nicht unter- schrieben haben, den wir nicht wollen und der uns nichts bringt? Die Her- ren und Damen PolitikerInnen argumentieren stets, dass sie des-

halb soviel verdienen, weil sie soviel Verantwortung haben. Nun, dann sollen sie die Ver- antwortung auch mit allen Konsequenzen übernehmen. Sollte ein Ausstieg etwas kos- ten, dann sollen ihn die Ver- antwortlichen zahlen und nicht wir.

Es ist eine politische Frage, wofür Geld ausgegeben wird und auch, welche Verträge ein- gehalten werden. In bestehen- de Verträge für Arbeitnehmer- Innen wird ständig eingegrif- fen - da werden Betriebspen- sionen gekündigt, Beschäftigte in einen schlechteren Kollektivvertrag verschoben, das Pensionssystem zu ungunsten der künftigen PensionistInnen wenige Jahre vor Pensionsan- tritt geändert. Von wegen "Ver- tragstreue".

Dass die etablierten Parteien kein Interesse daran haben, einen politischen Kampf gegen diese und andere Kampfflieger zu führen, ist klar. Sie verstecken sich hinter juristischen Phrasen. Die SLP steht für einen politischen Kampf gegen Kampfflieger sowie gegen Ar- mut und Arbeitslosigkeit.

Der Standpunkt

Kollegin Blaha ist nicht allein.

von Sonja Grusch



Barbara Blaha ist wohl die bekannteste ÖH-Vorsitzende seit langem. Ihr Austritt aus der SPÖ hat bewiesen,

dass es ihr um Inhalte, nicht um Karriere geht. Das ist gerade in dieser SPÖ keine Selbstverständlichkeit. Und Barbara Blaha steht mit diesem Schritt stellvertretend für viele, die von der SPÖ enttäuscht sind. Dabei hatte sich ohnehin niemand viel erwartet. Schließlich war die SPÖ-Politik in Landesregierungen (Privatisierung, Sozialabbau) und Opposition (Zustimmung zur Verschärfung des Asylrechtes) bekannt. Barbara Blaha berichtet, dass viele ihren Schritt begrüßt haben und viele sie aufgefordert haben, sich an die Spitze einer neuen Partei zu stellen. Sie hat Recht, dass man mit einem solchen Projekt grundsätzlich vorsichtig sein muss. Neue Parteien, die auch wirklich "abheben", können nicht einfach aus dem Boden gestampft werden. Sie entstehen nicht einfach per Proklamation durch einen AnführerIn. Aber es ist auch wichtig, Chancen zu ergreifen, wenn sie existieren. Nach der Enttäuschung über die nicht enden wollende Kette von "Umfallern" der SPÖ war eine solche Chance gegeben. Viele Menschen waren wütend. Nicht nur Studierende, auch GewerkschafterInnen und ganz "normale" Menschen, welche die SPÖ als - wie man spätestens jetzt weiß - vermeintlich kleineres Übel gewählt hatten. Barbara Blaha war für diese Stimmung nicht nur eine "Projektionsfläche" wie sie selbst sagt, sondern auch eine Hoffnungsträgerin. Endlich jemand, der/die nicht alles schluckt, raus geht, sich nicht einlullen lässt und öffentlich macht, was nicht in Ordnung ist. Dass die Entstehung einer neuen Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche nicht einzig von ihr abhängt, ist klar. Aber dass ihr in einem solchen Entstehungsprozess eine Rolle zukommen kann ebenso. Chancen für die Bildung einer solchen neuen Formation kommen und gehen. Wenn sie ungenutzt verstreichen, dauert es einige Zeit, bis neue entstehen. In dieser Zeit ziehen sich Menschen, die bereit gewesen wären, etwas zu tun, frustriert zurück. Sie beteiligen sich dann an kommenden Chancen möglicherweise nicht mehr. Hat Barbara Blaha hier also nicht schon eine echte Chance verstreichen lassen? Wir hoffen nichts desto trotz, dass sie in einem künftigen Projekt - für das die SLP schon jetzt aktiv kämpft und eintritt - dabei sein wird.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

"Eine bürgerliche Partei mit sozialdemokratischem Anstrich"

ÖH-Vorsitzende Barbara Blaha zur Regierung, der Entwicklung der SPÖ, dem Potenzial für Widerstand gegen Sozialabbau und für eine neue Partei in Österreich

Wie würdest Du mit wenigen Worten die aktuelle Regierung, ihre Politik und ihr Programm beurteilen?

Obwohl die Sozialdemokratie Teil der Regierung ist, gibt es keine Umverteilungspolitik wie ich es mir wünschen würde; also von oben nach unten, sondern eher umgekehrt. Stichworte sind da die Abschaffung der Erbschaftsteuer oder die Nichtabschaffung der Studiengebühren. Ansonsten finde ich machen sie viel Kosmetik, aber wenig Wesentliches. Da geht's viel um Dinge wie: Wer war wann Haare schneiden, etc.

Liegt dem Deiner Meinung nach eher zu Grunde, dass sich die SPÖ nur nicht durchsetzen kann oder liegt es an der Entwicklung der SPÖ selbst, dass die Regierung so ist wie sie ist?

Meiner Meinung nach war die Entwicklung der SPÖ in der Regierung schwer vorherzusehen. Man hatte schon den Eindruck, dass sich die SPÖ nach den fürchterlichen Klima-Jahren - also nach 1999/2000 - neu positioniert hat. Da kann man natürlich auch sagen, dass es da Ausrutscher gab: Stichwort "Hochleistungsgesellschaft" oder "Asylgesetzgebung". Aber im Wesentlichen war die Linie durchaus stringent und so, dass ich sagen kann: Da kann ich mit. Und da gab es durchaus die Hoffnung in der SPÖ, dass die Partei die Rückkehr zu ihren Werten geschafft hat und diese auch in der Regierung vertreten wird. Aber offensichtlich war das nur Oppositionstheater.

Für viele Menschen stellen sich SPÖ und ÖVP inzwischen als austauschbar dar. Was ist die SPÖ heute für Dich? Eine sozialdemokratische Partei, eine Partei, die noch anders ist als eine bürgerliche Partei?

Wenn man sich die Performance der SPÖ in den letzten Monaten ansieht, muss man wahrscheinlich sagen, sie ist eine bürgerliche Partei mit sozialdemokratischem Anstrich. Es geht vor allem darum, dass man die Maßnahmen ein bisschen sozialer verkauft, die man setzt; auch wenn sie sich im Wesentlichen nicht davon unterscheiden, was eine ÖVP-Alleinregierung machen würde. Als Rechtfertigung höre ich von der SPÖ nicht, was erreicht wurde, sondern was "wir" verhindert haben. Das reicht nicht, das ist kein Gestaltungsanspruch in der Politik, wenn man sagt, man hat verhindert, dass kein Schulgeld kommt.



Barbara Blaha im Gespräch mit John Evers. Foto Michael Gehmacher

Du gehörst ja nach wie vor dem VSSTÖ - also "der" SPÖ-Studierenden-Organisation an. In den letzten Monaten gab es da recht unterschiedliche Signale: Zum einen die öffentlichen Austritte von führenden Mitgliedern wie Dir und neuen Spitzenkandidatinnen. Zum anderen sucht man z.B. in Wien wieder die Nähe zur Partei: Da werden unter einer SPÖ-Stadtregierung die Tarife im öffentlichen Verkehr kräftig erhöht, und der VSSTÖ hängt es sich als Erfolg um, dass es im Wahljahr ein Semester Freifahrt für Studierende gibt. Gibt es einen Richtungsstreit im VSSTÖ bzw. in den Jugendorganisationen über das Verhältnis zur Partei?

Von einem Richtungsstreit würde ich nicht sprechen. Diese Tariferhöhungsgeschichte ist zweifellos extrem unglücklich gelaufen, obwohl sie mit der Bundesebene, wo ich tätig bin, an sich wenig zu tun hat. So weit ich das nachvollziehen kann, hat die SPÖ da den VSSTÖ über den Tisch gezogen, indem man verschwiegen hat, dass es zu den Tarifierhöhungen kommen wird, sondern bei den Verhandlungen nur von der Freifahrt gesprochen hat. Insgesamt fand ich die Aktion sehr, sehr entbehrlich - es wurde inzwischen auch intern so wahrgenommen.

Aber zeigt das - abgesehen vom konkreten Ablauf - nicht, dass es nach wie vor auch eine Orientierung darauf gibt, etwas mit der SPÖ-Spitze positiv gemeinsam verändern zu können. Und steht das nicht im Widerspruch zu den Distanzierungen und Austritten?

Ich teile Deine Analyse schon, aber ich glaube es gibt halt auch regionale Unterschiede. Es ist durchaus in Ordnung zwischen Bund und Land zu differenzieren. Ich würde etwa

auch die SPÖ-Oberösterreich nicht über denselben Kamm scheren wie die Bundes-SPÖ. Die haben sich nämlich sehr klar positioniert: Sowohl in der Frage der Regierungsbildung, wie des Sonderparteitages, den wir auch wollten. Darum gibt es meiner Meinung nach für den VSSTÖ nicht immer ein "Entweder-Oder".

Könnte man also Deiner Meinung nach davon ausgehen, dass, wenn die SPÖ in der oberösterreichischen Landesregierung wäre, sie eine komplett andere Politik machen würde, als die Bundespartei in der Bundesregierung? In Wien ist das ja gerade nicht unbedingt der Fall.

Nein, ich glaube durchaus, dass ein Erich Haider im Hinblick auf seine eigenen kommenden Landtagswahlen, sich so positioniert hat, wie er sich positioniert hat. Aus der Distanz ist es aber schwer abzuschätzen, was politische Berechnung ist und was nicht. Alles, was ich weiß und kenne sind die Signale, welche die "Oberösterreicher" in den bundesweiten Gremien setzen und die find ich O.K.

Glaubst Du also, dass die Frage, ob die SPÖ jene Antithese zu schwarz-blau-orange ist, die Du gern hättest, von Personen oder eben mit einem grundsätzlichen Wandel der Partei zusammenhängt.

Ganz ehrlich glaube ich schon, dass wenn Gusenbauer einen Bundesparteitag befragt hätte, es keine sichere Mehrheit gegeben hätte. Aber es liegt sicher nicht alleine an Personen; gerade in Wien bin ich da skeptisch - die Wiener haben ja mitverhandelt. Bei Erich Haider kann ich das wie gesagt nicht beurteilen; aber er als Bundespartei-Vorsitzender bedeutet sicher noch kein "Kreisky schau obe".

ne Bewegung in Frankreich gewünscht, die tatsächlich ein unsoziales Gesetz gekippt hat. Die wochenlang auf der Straße mit riesigen Demos präsent war. Das macht mich natürlich ein Stück weit neidisch, weil ich mir wünschen würde, das gäbe es in Österreich auch. Gleichzeitig muss ich dazu sagen, dass wir schon bei den Versuchen, gegen die Zugangsbeschränkungen zu mobilisieren, einfach wenig Rückhalt bekommen haben. Viele waren der Meinung, dass es sie einfach nicht mehr betrifft. Trotzdem war ich positiv überrascht, dass wir so viele Menschen bei der Angolobung auf die Straße bekommen haben; gerade weil viele eigentlich froh waren, dass die alte Regierung weg ist.

Du hast Deinen Austritt aus der SPÖ als offensiven Schritt präsentiert - und nicht als frustrierten Rückzug. Was kommt jetzt? Die SLP strebt ja z.B. das Projekt einer neuen Partei links von SPÖ und Grünen an ...

Eine sehr schwierige Frage. Bei mir waren in den letzten Monaten sehr viele Leute, die ich auch oft gar nicht kannte, die meinten: Gründen wir eine neue Partei mit Dir an der Spitze. Ich bin da sehr vorsichtig. Ich glaube aber es gäbe sicher einen "Markt" für eine solche Partei, vor allem wenn sich die SPÖ so weiter entwickelt. Ich weiß aber nicht wer das sein sollte - die Grünen, die SLP, irgendetwas ganz Neues (?) - und ob ich mich da selbst als Partizipierende sehe. Ich bin auch ein Stück weit froh, künftig nicht mehr so im Mittelpunkt zu stehen. Im Moment kann ich mir das eher nicht vorstellen.

Wie würdest Du dich ideologisch selbst einstufen - etwa als Sozialistin - und siehst Du in diesem Zusammenhang deinen künftigen Platz innerhalb oder außerhalb der SPÖ?

(Lacht) Das fragst Du die Ausgetretene? In jedem Fall als Sozialistin, die persönlich ihren Platz außerhalb sieht. Drinnen sehe ich - aber das ist meine eigene Entscheidung - im Gegensatz zu Anderen, wenig Veränderungsmöglichkeiten.

Hat die ÖH selbst eigentlich hier das Maximum an Widerstand unter Deinem Vorsitz geleistet?

Ich glaube schon. Ich hätte mir natürlich so etwas wie ei-

Barbara Blaha, Jahrgang 1983, ab 2000 politisch in der SchülerInnenvertretung aktiv, ab 2003 im Verband Sozialistischer StudentInnen (VSSTÖ), 2005-2007 eine der Vorsitzenden der Österreichischen HochschülerInnenenschaft, 2007 aus Protest gegen das Regierungsprogramm aus der SPÖ ausgetreten. Das Gespräch führten **Michael Gehmacher** und **John Evers**. Beide wurden in den 1990ern als langjährige und aktive Jugendfunktionäre aus der Sozialistischen Jugend (SJ) ausgeschlossen.

Gemeinsam gegen Sozialraub!

Warum die österreichweite Konferenz von kämpferischen und demokratischen BetriebsrätInnen am 19. Mai notwendig ist

von Michael Gehmacher,
Betriebsrat und
SLP-Gewerkschaftssprecher

Vor mehr als einem Jahr kam die Bawag-Krise ans Licht und brachte den ÖGB in arge Turbulenzen. Bei aller Wut über die ÖGB-Führung, keimte bei vielen ÖGB-Mitgliedern die Hoffnung, dass sich nun einiges im ÖGB zum Positiven verändern würde.

Viele BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen spürten (und spüren), dass gegen den permanenten Jobabbau, die Verschlechterungen im Sozialsystem und die UnternehmerInnenwillkür, die Konzepte aus der Sozialpartnerschaft schon lange nicht mehr funktionieren.

„NEUE“ ÖGB-FÜHRUNG VERSAGT IM KERNGESCHÄFT

Die ÖGB-„Reform“ und der spätere ÖGB-Kongress machten aber deutlich, dass sich ein Teil der alten ÖGB-Spitzen-garde zwar selbst zu Reformern erklärt hat, und heute daran geht, die alte Politik mit neuem Styling weiter zu betreiben. Die Ursachen für die Bawag-Krise wurden als „Kriminalfall“ abgetan.

Der ÖGB-Führung fehlt es an Antworten auf die entscheidenden Zukunftsfragen:

War rund um die ÖGB-Krise noch viel vom Ende der Sozialpartnerschaft die Rede, so wird jetzt krampfhaft versucht, diese wieder zu beleben. „Der ÖGB wird sich auf sein Kerngeschäft (Lohn- und Sozialpolitik) konzentrieren“ war eines der geläufigsten Phrasen aus der Reformdebatte. Tatsächlich sind die KV-Abschlüsse beschämend niedrig. Teuerungen, enorme Steigerung bei Mieten, Energiekosten und Gebühren führten dazu, dass viele Men-



schen immer weniger Geld zum Überleben haben. Das alles, obwohl die Profite in vielen Branchen hoch sind und die Vermögenden in Österreich und international immer reicher werden.

„NEUE“ ÖGB-FÜHRUNG MIT ALTER POLITIK

Das politische Konzept der ÖGB-Spitze: Eine „Sozialpartnerschaft neu“ und eine Große Koalition unterstützen. Dieses Konzept ist uralt, verschärft seit ca. 20 Jahren die soziale Situation und schwächt die Gewerkschaftsbewegung! Eine neue ÖGB-Politik wäre es, mit dem Widerstand der Betroffenen und ohne Stellvertreterpolitik zu kämpfen. Mit Kundgebungen und Streiks Verschlechterungen abzuwehren und Verbesserungen zu erreichen.

Seit dem ÖGB-Kongress rollt eine Belastungswelle auf die ArbeitnehmerInnen zu, die im Wesentlichen von der ÖGB-Spitze mitgetragen wird.

„NEUE“ ÖGB-FÜHRUNG BRAUCHT OPPOSITION

Bei der oppositionellen GewerkschafterInnenkonferenz am 19. Mai soll es um Widerstand gegen diese Politik gehen. Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften will, unter dem Motto „Gemeinsam gegen Sozialraub“, den Unmut und den Widerstand zum Sozialabbau der Regierung bündeln und verstärken. Und wir versuchen, Antworten auf die wichtigsten Fragen der Gewerkschaftsbewegung zu finden:
Wie können Arbeitskämpfe gewonnen werden?

Die Beispiele KiK, Aida und viel andere drängen diese Frage auf! Will eine Belegschaft oder eine ganze Branche sich heute gegen Angriffe oder Willkür wehren, ist die Frage, wie. Welche Rolle spielen dabei juristische Auseinandersetzungen? Wie schaut es mit Kampagnen aus? Der Arbeitskampf bei KiK zeigt, dass gute Öffentlichkeitsarbeit und juristische Auseinandersetzungen nicht reichen. Es braucht betriebliche Mobilisierungen, um diese Kämpfe zu gewinnen. Aber wie kann eine Belegschaft, die (vollkommen verständlich) Angst um den Job hat, mobilisiert werden? Wie schaut es mit Solidaritätssarbeit aus?

Wie gegen Sozialabbau kämpfen?
Die Regierung plant große Angriffe (60-Stundenwoche,

12-Studententag usw.) Wie können sich ArbeitnehmerInnen, Erwerbsarbeitslose, prekär Beschäftigte, StudentInnen, ImmigrantInnen u.a. dagegen wehren? Wie kann der Widerstand gegen die Regierung weiter gehen? Dazu haben wir unter anderem die ÖH-Vorsitzende Barbara Blaha eingeladen.
Welche Alternativen gibt es zur Sozialpartnerschaftspolitik der ÖGB-Spitze?

Wir brauchen einen kämpferischen Kurswechsel in der ÖGB-Politik. Wie kommen wir dorthin?
Was stellen wir dem Neoliberalismus entgegen?

Wie können wir gemeinsam und international für die Vergesellschaftung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft und für ein besseres Sozialsystem kämpfen? Wir brauchen eine politische Antwort auf das herrschende Gesellschaftssystem. Dazu haben wir Besuch von einem Vertreter der deutschen Gewerkschaftslinken (Bernd Rixinger von Verdi-Stuttgart).

MOBILISIERUNG LÄUFT

Mit dem Motto: „Gemeinsam gegen Sozialraub“ mobilisiert die Plattform mit Kundgebungen vor Arbeitsämtern, bei KV-Runden usw. Trotz der Skepsis und der Enttäuschung über die ÖGB-Führung vieler Menschen ist das feedback bis jetzt sehr positiv.

Die Konferenz bietet die Möglichkeit, Widerstand gegen den Sozialraub der Regierung zu verstärken und im Aufbau einer klassenkämpferischen Opposition im ÖGB einen wichtigen Schritt weiter zu kommen.

Ihr da oben, ...

„Umverteilungspolitik“ I Subventionen für Ausbeutung

Eine höhere „Negativsteuer“ für besonders niedrige Arbeitseinkommen hat Sozialminister Buchinger (der vom PR-Büro Kalina in der SPÖ-Bundeszentrale als „Linksblinker“ der Regierung verkauft wird) vorgeschlagen. Tatsächlich ist das Problem der „working poor“ ein Skandal; nämlich, dass es lt. Armutskonferenz in Österreich mindestens 250.000 Menschen gibt, die arbeiten, aber trotzdem so wenig verdienen, dass sie als „arm“ gelten. Wie dieses Problem eigentlich zu lösen wäre, zeigt ein Blick auf die wachsende Schere zwischen Löhnen und Gewinnen: „Lohnquote sinkt, Gewinne steigen. 1976 hatten Arbeitnehmer 80 Prozent am Gesamteinkommen erhalten, 2005 waren es nur mehr 65,8 Prozent“ (Der Standard, 22.3.2007). Anstatt bei dieser Differenz von fast 15 Prozentpunkten anzusetzen, möchte Buchinger lieber Niedriglöhne mit Steuern, die zum allergrößten Teil wieder die ArbeitnehmerInnen bezahlen, subventionieren. Letztlich nur eine andere Form des „Kombilohnmodells“. Kein Wunder, dass diese Modelle aus neoliberalen Musterstaaten wie Britannien und den USA kommen. In Österreich werden diese nur von Institutionen und Personen mit einem entsprechenden ideologischen Einschlag begrüßt; wie z.B. dem Chef des Instituts für höhere Studien, Bernhard Felderer. Der meint: „Wir finden dieses Modell interessant“ (Die Presse, 16.4.2007)

„Umverteilungspolitik“ II Tariferhöhungen in Wien

„Wien hält, was es verspricht.“? Die SPÖ-Wien signalisiert damit etwas, was bisher zumindest viele ihrer eigenen FunktionärInnen glaubten: Dass Wien und die Wiener SPÖ-Führung anders seien als die Bundespartei. Den schlagenden Gegenbeweis gaben jetzt leider die Tarif-Erhöhungen bei Bim, Bus und Bädern: Satte 10 Prozent oder noch mehr werden mindestens 95 Prozent aller WienerInnen bezahlen müssen, die künftig diese öffentlichen Dienstleistungen in Anspruch nehmen wollen. Wir meinen: Ein völlig falsches Signal in Zeiten von Klimawandel und wachsender Armut. Interessante Steuermodelle bietet hier übrigens das klassische „Rote Wien“ der 1920er und 1930er Jahre: Da wurden kommunale Steuern eingehoben, die vor allem die Reichen trafen und damit öffentliche Leistungen subventioniert. Ein Ansatz, mit dem sich diese eigentlich reiche Stadt den Nulltarif im öffentlichen Personennahverkehr leisten könnte ...

... wir hier unten!

Fachgruppe der Postgewerkschaft stimmt für kämpferischen Antrag Dem ÖGB ein positives Zeichen gesetzt

von Sonja Grusch,
GPF-Mitglied

Beim 1. Bundesfachgruppentag der Bundesfachgruppe Multimedia und Informationsdienstleistungen in der Gewerkschaft GPF am 27.3. fand ein Antrag, den AktivistInnen der „Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften“ eingebracht hatten, Zustimmung.

Mit kleinen Änderungen wird die Bundesfachgruppe die Anträge beim kommenden Gewerkschaftstag der GPF einbringen. Die Anträge entsprechen in ihrer Stoßrichtung jenem Antrag, den die PlattformaktivistInnen beim ÖGB-Kongress einbringen wollten.

Im Folgenden der genaue Text der beiden Resolutionen: Resolutionen zum BFG-Tag „Multimedia und Informationsdienstleistungen“ in der GPF am 27. März 2007. Die

BFG „Multimedia und Informationsdienstleistungen“ in der GPF fordert:

RESOLUTION I

Widerstand statt Zustimmung zum weiteren Abbau sozialer Errungenschaften. Kein/e Gewerkschaftsvertreter/in darf in einem Parteigremium oder einer öffentlichen Körperschaft Sozialabbau und Privatisierung zustimmen.

Gewerkschafter/innen in Bezirks- oder Gemeinderäten, Landtagen und dem Nationalrat sollen gegen alle Maßnahmen stimmen, die zu Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose in Österreich und/oder auf internationaler Ebene führen. *(einstimmig angenommen)*

RESOLUTION II

Keine Verlängerung von Ar-



beitszeiten und der Ladenöffnungszeiten, keine Aufweichung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge.

Der Gewerkschaftstag als höchstes Gremium der GPF soll alle Pläne zur Verlängerung des Arbeitstages und der Ladenöffnungszeiten sowie die massive Aufweichung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge zurückweisen.

Gewerkschafter/innen sollen Kampfmaßnahmen gegen alle diesbezüglichen Angriffe unterstützen und organisieren. *(einstimmig angenommen)*

Kommt zur alternativen GewerkschafterInnen-Konferenz

Der ÖGB-Kongress ist gelaufen. Er hat entgegen den großen Ankündigungen im Vorfeld - „ÖGB neu“ - nichts wirklich Neues gebracht. Die traditionelle Sozialpartnerpolitik zu Lasten der arbeitenden Menschen wird ungebrochen fortgesetzt. Führende FunktionärInnen sind für ein Sozialpartnerpapier verantwortlich, welches Grundlage für die Regierungspläne zu weiteren Abbaumaßnahmen bildet. Weiterhin sind die Fraktionen das bestimmende Element in den gewerkschaftlichen Apparaten.

Doch Unmut dagegen macht sich immer mehr breit. Die Führung kann die Basis nicht mehr so kontrollieren, wie in der Vergangenheit. Das zeigte sich unter anderem an der Abwahl der bisherigen ÖGB-Frauensprecherin Csörgits und v. a. von Christgewerkschafter Neugebauer, aber auch daran, dass die „Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften“ – obwohl keine Gewerkschaftsfraktion – mit ihrem Versuch, einen Initiativantrag einzubringen, mit 62 Unterstützungsunterschriften nur knapp gescheitert ist (74 Unterschriften waren erforderlich).

Damit dieser Unmut nicht verpufft, sondern in konkrete gewerkschaftliche Aktionen umgesetzt wird, wollen wir ihn bündeln und mit einer Perspektive versehen. Die überfraktionelle „Initiative für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB“ lädt daher zu einer österreichweiten

GewerkschafterInnen-Konferenz am 19. Mai, von 10 – 16 Uhr, im Saal der AK Wien in 1040 Wien, Theresianumgasse 16–18 ein.

Wem dient die SPÖ heute?

ArbeiterInnen und Erwerbslose brauchen eigene Partei!

von Franz Breier, SLP-Wien

Viele SozialistInnen teilten in vergangenen Jahrzehnten - bis in die frühen 1990er Jahre - trotz diverser Meinungsverschiedenheiten eine grundsätzliche Haltung: die SPÖ kann und muss als Partei von hunderten Tausenden ArbeiterInnen und Arbeitern zum Kampf für soziale Rechte und gegen UnternehmerInnen-Angriffe genutzt werden. Das galt auch wenn dies aufgrund der Politik der SPÖ-Führung immer wieder beeinträchtigt wurde. Ist diese Haltung heute, nach den Erfahrungen zweier Großer Koalitionen und speziell der letzten Monate noch haltbar?

Das SPÖVP-Regierungsprogramm von 2007 ist neoliberal. Es beinhaltet weitere Privatisierung, Elitenbildung, Angriffe auf Lehrlinge, verstärkte Ausbeutung von Beschäftigten, Zwangsdienst für Arbeitslose, Schwächung der Gewerkschaften und die Fortsetzung rassistischer Politik. Viele Menschen sind auf die SPÖ sauer: Ein sogenannter "Umfalter" bei den Studiengebühren, "Nachgeben" bei der Abschaffung der Erbschaftsteuer. Bei näherer Betrachtung war diese Entwicklung bereits in den 1990er Jahren voll im Gang.

GROSSE KOALITIONEN - EINST UND JETZT

Seit Ende der 70er Jahre wurden die ökonomischen Spielräume für Zugeständnisse an die ArbeiterInnen international, und damit auch in Österreich, enger. Dadurch erhielt auch das scheinbare Funktionieren der "Sozialpartnerschaft" einen ersten Knacks. Die damalige SPÖ-Politik konnte so nicht weitergehen. Der Nachkriegsaufschwung (der längste in der Geschichte des modernen Kapitalismus) war zu Ende; Schulden und strukturelle Arbeitslosigkeit wurden zur Dauererscheinung. Die negativen politischen Konsequenzen für die Sozialdemokratie wurden durch die Folgen des Zusammenbruchs des Stalinismus verstärkt. Er führte zu einer enormen Angriffs- und Propagandawelle von UnternehmerInnen und der bürgerlichen Politik. Die Zunahme des internationalen kapitalistischen Konkurrenzkampfes erzwang einen härteren Kurs gegen bisher erkämpfte soziale Standards. Die SPÖ stand vor einer Weggabelung; Konsequente Infragestellung des Kapitalismus und Orientierung auf den Bruch mit ihm oder Schwenk nach rechts und Übernahme neoliberaler Konzepte. Wie die Entscheidung ausfiel, ist heute jedem bekannt und war auf Grundlage der vorhergegangenen Entwicklung keine Überraschung. Dies hing nicht nur mit der Zunahme kapitalistischer Krisentendenzen und dem sich daraus ergebenden Druck der Konzernchefs zusammen. Es ist auch ein Ergebnis fortgesetzter Entleerung der SPÖ und der Vervollständigung einer abgehobenen und bürgerlichen Führung sowie ihrer Dominanz über die gesamte Partei.

In die Zeit der Großen Koalition 1986-99 fallen einige bedeutsame Beispiele für den Werdegang der SPÖ: Im Bereich der Steuerpolitik war es keineswegs nur der Druck der ÖVP, der den Weg wies. Die SPÖ besetzte damals wesentliche Ressorts. Unter SPÖ-Finanzminister Lacina wurden 1994 das Privatstiftungsrecht eingeführt und die Vermögenssteuer abgeschafft. Diese nette Geste an Reiche und Großindustrielle bringt im aktuellen Verkauf von Böhler der Investmentgruppe Fries rund 150 Millionen Euro Körperschaftsteuer-Ersparnis!

Mitglieder der jetzigen SLP haben von Beginn der 80er Jahre bis Mitte der 1990er in SPÖ und SJ gearbeitet. AktivistInnen wurden, weil wir für die Führung als kämpferische Opposition unangenehm wurden, 1992 und 1993 aus der SJ ausgeschlossen. Unser Ausschluss fiel zusammen mit dem Druck der SPÖ-Spitze Richtung EU-Beitritt und der damit verbundenen "Budgetkonsolidierung" auf Kosten von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen.

Die Entwicklung der SPÖ, selbst getrieben von der Zuspitzung des Kapitalismus, hat seit den 80ern auf zwei Wegen die gesamte politische Bühne nach rechts gedrängt. Einmal durch die eigene Positionierung als Pro-EU-Kraft (= Sozialabbau) und "Schnürerin" von insgesamt vier Sparpaketen, zweitens als wesentliches Becken, aus dem Unzufriedenheit die FPÖ zuerst unter Haider und nun unter Strache nähren konnte bzw. kann. Die SPÖ war in den 1980ern und 1990ern neben der ÖVP die treibende Kraft neoliberaler Politik. Und selbst wenn man die

Rechtfertigung der SPÖ-Führung glauben sollte, dass sie bloß Getriebene der ÖVP war, macht das die Sache nicht besser: dann liegt eine Partei vor, die unfähig ist, ihren Kurs selbst zu bestimmen.

WELCHEN WERT HAT DIE SPÖ NOCH FÜR ARBEITERINNEN UND ERWERBSLOSE?

1999/2000 stellten insofern eine politische Wende dar, als die Mehrheit der kapitalistischen Elite mit der FPÖ eine neue Option austesten wollte und die SPÖ aufgrund des damals noch stärkeren Gewerkschaftseinflusses als nicht entsprechend beweglich einschätzte. Die SPÖ hat es in der Folgezeit unterlassen, echte Opposition zu sein. Sie hat der Protest- und Streik-Bewegung gegen den Pensionsraub 2003 nicht genützt und sie hat die EisenbahnerInnen im Stich gelassen. Sie hat kein anti-neoliberales Programm entwickelt und stattdessen sowohl im Sozialbereich als auch bei der Asylfrage den Kurs der Schlüssel-Regierung voll mitgetragen. Das einzige, was von früheren Tagen blieb, waren Versprechungen im Wahlkampf und Hoffnungen. 2002 verzeigte Gusenbauer die erste Chance. Zu viele Menschen sahen zu Recht nicht den wesentlichen Unterschied zur ÖVP. Die weiteren bitteren Erfahrungen mit ÖVP und FPÖ/BZÖ überließen der SPÖ dann 2006 knapp das Kanzleramt. Doch was tat die SPÖ-Führung? Siehe oben.

Der Unterschied zwischen den Großen Koalitionen von 1986 bis 1999 und der nunmehrigen ist aus Sicht von ArbeiterInnen, MigrantInnen und Erwerbslosen schnell zusammengefasst: es ist schlimmer geworden! Gusenbauer knüpft nahtlos am schwarz-blau-orangen Kurs an. Was bedeutet dies für den Kampf um die Interessen von ArbeiterInnen, Jugendlichen und Erwerbslosen heute?

Hinzu kommen die internationalen Erfahrungen: Europaweit hat die Sozialdemokratie bewiesen, dass sie kein "kleineres Übel" gegenüber den traditionellen bürgerlichen Parteien ist. Im Gegenteil hat sie in Deutschland und Britannien aggressivste Politik im Interesse des Kapitalismus entwickelt. Es wurden Maßnahmen getroffen, die sich die starken konservativen Regierungen der 1980er und 1990er nicht zugeutraut hätten. Sollte all das nicht ernsthaften linken AktivistInnen inner- und außerhalb der SPÖ zu denken geben?

WO IST DIE LINKE IN DER SPÖ?

Die Schlussfolgerungen der EntscheidungsträgerInnen in der SPÖ aus dem Wendjahr 2000 bedeuteten offensichtlich auch die Fortsetzung des Rechtsrucks und nicht eine "Rückbesinnung zu den alten Werten". Warum geschah das? Erstens, weil genau diese EntscheidungsträgerInnen praktisch nur mehr Empfindsamkeit für den Druck von UnternehmerInnen- und Kapitaleseite zeigen. Und zweitens weil ein Gegengewicht in Form einer organisierten ArbeiterInnen-Opposition in der SPÖ fehlt und v.a. die Ansätze dafür auch strukturell zurückgegangen sind. Die historische Basis der Sozialdemokratie, auf die sich eine solche Opposition stützen müsste, existiert heute weniger denn je: Die Bindungen von und zur Gewerkschaft sind in den Augen der SPÖ eine Belastung, wenn es darum gehen würde, ArbeiterInnen-Interessen in die Politik einfließen zu lassen. Sie sind lediglich wichtig, um durch die Einbindung der ÖGB-Spitzen eine unabhängige Entwicklung kämpferischer Gewerkschaftsstrukturen zu blockieren. Das macht die SPÖ für die Kapitaleseite interessant, aber als politische Alternative für ArbeiterInnen, Jugendliche, Linke und aktive GewerkschafterInnen zunehmend uninteressant.

WOHIN FÜHREN WUT UND OHNMACHT?

Die Rolle der Führungen von ÖGB und FSG ist verheerend: Sie haben im SPÖ-Bundesparteivorstand für das neoliberale Koalitionsabkommen mit der ÖVP gestimmt. Deren Interessenslage als SpitzenverdienerInnen ist jedoch nicht die

der Arbeitenden und Erwerbslosen. Ist es vermessend, wenn man behauptet, dass die Verteidigung der Interessen von ArbeiterInnen und Erwerbslosen politische AktivistInnen heute sehr schnell in Konflikt mit Regierung und der Kanzlerpartei SPÖ bringt?

Niemand verschrottet ein Auto aufgrund eines kleinen Parkschaadens. Doch das Fahrzeug SPÖ liegt aus der Sicht von Be-

Die historische Sozialdemokratie und die SPÖ heute haben inzwischen nichts mehr gemeinsam. Eine neue ArbeiterInnenpartei in Österreich ist notwendig. Eine Partei, die aber auch aus dem Scheitern des austromarxistischen Modells lernt.

schäf-

tigten und Erwerbslosen mit Totalschaden in der Donau. Die ArbeiterInnenbewegung benötigt neue Perspektiven. Und die Grundlagen dazu sind vorhanden: Bereits nach der Nationalratswahl 2000 äußerten etwa 300.000 der NichtwählerInnen, sie hätten bewusst nicht gewählt, weil es keine Partei gibt, für die sie hätten stimmen können. Das ist ein Hinweis auf das Potential für eine echte neue ArbeiterInnen-Partei.

Auch in den Gewerkschaften und in der Arbeitswelt zeigt sich ein deutlicher Trend. So bekennt sich eine wachsende Zahl von BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen zu keiner Fraktion. Und vor allem auch in der FSG gibt es Ansätze und den Wunsch nach kämpferischer Opposition und einer echten Reform des ÖGB.

Selbst wenn ein neues Projekt anfänglich nur einige hundert AktivistInnen hätte, wäre dies eine ausgezeichnete Ausgangsposition für Wachstum und gesteigerten Einfluss in der politischen Landschaft der nächsten Jahre. Sie könnte sich Unter-

stützung von jenen erarbeiten, die dieses Vertrauen aufgrund langjähriger Erfahrungen den anderen Parteien zurecht verweigern. Das alles mit einer Orientierung auf Arbeitende, Jugendliche und Erwerbslose, sowie aktivem Eingreifen in Bewegungen.

Die Entwicklung einer solchen neuen Partei wird wohl einige Zeit benötigen und nicht geradlinig sein. Doch es wäre falsch, mit dem Hinweis auf die damit verbundenen Schwierigkeiten die ersten Schritte nicht zu setzen. Einer dieser ersten Schritte wäre, sich an dieser Diskussion über den Neuaufbau und die Ziele der ArbeiterInnenbewegung aktiv zu beteiligen. Aus Sicht von Aktiven in SPÖ, Jugendorganisationen und Gewerkschaft wäre ein positives Signal, die Kooperation mit der zunehmenden Zahl an SozialistInnen außerhalb der SPÖ zu verstärken. Die Einheit von Linken und SozialistInnen im Kampf, egal wo diese derzeit organisiert sind, wäre ein Bestandteil der nötigen politischen Erneuerung.

Sozialdemokratie!
Von Otto Bauer
Alfred

Das goldene Zeitalter der "austromarxistischen" Sozialdemokratie:

Vorbild für die Linke heute?

programmen stützten sich Partei-"Rechte" wie "Linke" offiziell auf den Marxismus und revolutionäre Rhetorik. In der tagtäglichen Arbeit und strategischen Orientierung wurde aber ebenfalls der Weg des Reformismus beschritten. Und wenn man so will, ist das bereits die Geburtsstunde für den Austromarxismus: extrem revolutionäre Sonntagsreden, zaudernd und zögerlich im Klassenkampf.

DER WELTKRIEG

Am historischen Wendepunkt 1914 "musste" sich die österreichische Sozialdemokratie - aufgrund der wenig demokratischen Zustände in der Vorkriegsmonarchie - die Finger nicht so schmutzig machen, wie ihre anderen Schwesterparteien. Diese Parteien waren nun im Rahmen ihrer reformistischen Konzepte, die tatsächlich die Integration in den Staat anstreben, nämlich zu nationalistischen "Vaterlandsverteidigern" geworden. Sie stimmten sogar, wie im Falle der deutschen Sozialdemokratie, im Parlament für den Krieg, bzw. dessen Finanzierung. Der österreichische Kaiser regierte demgegenüber aufgrund von Notverordnungen am Parlament vorbei. Trotzdem unterstützten wichtige Parteiführer (wie der Chefredakteur der Arbeiterzeitung Austerlitz) auch hier offen den Krieg. Die Parteispitze um den greisen Victor Adler organisierte keine Gegenwehr. 1915 und 1916 wurden in den Schweizer Orten Kient(h)al und Zimmerwald Kongresse von SozialistInnen gegen den Krieg abgehalten. Beides waren sehr kleine Veranstaltungen. Aber trotzdem kamen zum Treffen in Zimmerwald VertreterInnen aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Schweden, Bulgarien, Rumänien, Russland und Italien. Aber kein/e VertreterIn der SDAP aus Österreich beteiligte sich an den Versuchen, die sozialistische Bewegung neu zu formieren; obwohl Otto Bauer und Friedrich Adler als "linke" Opposition in Österreich galten, bzw. sich als solche betrachteten. Beendet wurde der Krieg in Österreich ebenfalls nicht durch die Tätigkeit dieser passiven "austromarxistischen Linken", sondern durch den Druck eines Außenereignisses: Die Oktoberrevolution in Russland traf auf die wachsende Antikriegsstimmung im Land. Erst diese Entwicklung ließ nun jene "Austromarxisten", die als Kriegsgegner galten, zu linken Idolen, zu neuen Partei- und Arbeiterführern aufsteigen.

HISTORISCHE "MISSION" DES AUSTROMARXISMUS

Die Russische Revolution hat die Herrschenden und Kriegstreiber in Europa in Angst und Schrecken versetzt. Die Beispielwirkung für die ArbeiterInnen in den Schützengräben Europas war immens. Am Ende des Krieges standen schließlich proletarische Revolutionen wie z.B. in Deutschland und Österreich. In Deutschland hatte sich schon während des Krieges die ArbeiterInnenbewegung neu gruppiert und damit die Sozialdemokratie (SPD) gespalten. Der neuen USPD gelang es in kürzester Zeit, die Mehrheit in vielen ArbeiterInnenregionen zu gewinnen. Kurz nach dem Krieg und der Niederschlagung der Revolution durch die SPD, schlossen sich viele von ihnen der neuen, nach russischem Vorbild gegründeten KPD an. Nicht so in Österreich, wo die KPÖ erst 1934 Bedeutung erlangen sollte. Warum? Wie keiner anderen sozialdemokratischen Partei in Europa gelang der SDAP ein vermeintlicher Ausgleich zwischen dem radikaleren und dem gemäßigeren Teil der ArbeiterInnenenschaft. Die Basis dieses "Ausgleichs" war aber in Österreich das entscheidende "Zugeständnis" an die Rechte, die Macht der ArbeiterInnen- und Soldatenräte, die sich 1918 v.a. im Wiener Becken gebildet hatten, politisch zu brechen und die Formierung einer neuen ArbeiterInnenpartei mit Massenanhänger zu verhindern.

Otto Bauer - eine damals zentrale Figur des Geschehens und Theoretiker des Austromarxismus beschrieb seine und die Rolle der SDAP in der Revolution nach dem Krieg mit folgenden Worten: "Keine bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe bewältigen können. Sie wäre binnen acht Tagen durch Straßenaufbruch gestürzt, von ihren eigenen Soldaten verhaftet worden. Nur Sozialdemokraten konnten diese

Aufgabe von beispielloser Schwierigkeit bewältigen. Nur Sozialdemokraten konnten wild bewegte Demonstrationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beenden, die Arbeiterklasse von der Versuchung zu revolutionären Abenteuern abhalten."

DAS ROTE WIEN

Die Kommunalpolitik in den 1920er und 1930er Jahren in Wien gilt als die Glanzzeit des Austromarxismus. Während in Österreich eine klerikal-bürgerliche Koalition regierte, versuchte die SDAP ein Gegenmodell aufzubauen. Mittels Umverteilungspolitik wurde ein soziales Wohnbauprogramm durchgeführt, das zu diesem Zeitpunkt in Mittel- und Zentraleuropa einzigartig war. Statt dunkle feuchte Wohnungen in Mietskasernen gab es nun moderne Wohnungen im Gemeindebau mit Klo und Wasser in der Wohnung. Ein Standard, der z. B. bis heute noch nicht in den privaten Zinshäusern selbstverständlich ist und mit kommunalen Sondersteuern die vor allem Reiche trafen, finanziert wurde.

Aber nicht nur im Wohnbau, sondern auch in der Bildung und der Freizeit schienen neue Ufer erreichbar. Und so wurde, von der Geburt bis zum Tod, jeder Lebensbereich durch sozialdemokratische Vorfelddorganisationen abgedeckt. Möglich war das alles nur dadurch, dass der politische Gegner Angst vor der potentiellen Stärke der ArbeiterInnen hatte. Ein Faktum, dessen sich offenstlich auch die "Austromarxisten" zumindest bewusst waren, auch wenn sie nur defensive Schlussfolgerungen daraus zogen. An Sonn- und Feiertagen wie am 1. Mai ließ die SDAP hunderttausende ArbeiterInnen aufmarschieren; teilweise sogar mit den Waffen ihrer Parteimiliz, die allerdings den bezeichnenden Namen "Republikanischer Schutzbund" trug.

DAS LINZER PROGRAMM 1926

1926 wurde ein neues Programm beschlossen, das bis heute berüchtigte "Linzer Programm". Berüchtigt deswegen, weil es in austromarxistischer Tradition sehr wortradikal gehalten ist. Es wird grundsätzlich von Sozialismus und Enteignung gesprochen, aber auch die zurückweichende Strategie der ArbeiterInnenbewegung in den folgenden Jahren bereits vorweggenommen: "Der Kampf um die Staatsmacht" - so das entsprechende Programmkapitel - war in diesem "Marxismus" strikt defensiv, nämlich, wie es hieß, zur Erhaltung der "Bereitschaft" zur Verteidigung der (bürgerlichen) Republik angelegt. Dies ging gut, solange sich die Herrschenden von der Kraft der revolutionären Bewegung selbst einschüchtern ließen. Die Angst "Oben" und der Elan "von Unten" waren allerdings, im Gegensatz zu den austromarxistischen Perspektiven, kein Dauerzustand.

VOR 80 JAHREN: WENDEPUNKT JUSTIZPALASTBRAND

Im kleinen Ort Schattendorf wurden im Jänner 1927 bei einer nicht untypischen Provokation der extremen Rechten gegen eine sozialdemokratische Demonstration mehrere Teilnehmer erschossen. Die Mörder erhielten beim anschließenden Gerichtsverfahren glatte Freisprüche; ebenfalls nicht untypisch für jene Republik, welche die Sozialdemokratie als schützenswerte Bastion der Bewegung sah. Der spontane ArbeiterInnen-Aufstand, Streiks und Demonstrationen, die am 15. Juli 1927 im Brand des Justizpalastes mündeten, zeigten zwar das revolutionäre Potential in der österreichischen Gesellschaft auf. Ebenso wurde aber auch die Führungsschwäche der Sozialdemokratie als entscheidende Kraft der Bewegung überdeutlich. Statt den Aufstand zu organisieren, versuchten ihre Spitzenrepräsentanten die DemonstrantInnen nach Hause zu schicken. Wiener Polizei und die faschistischen Heimwehren die erstmals (zumindestens außerhalb der Hauptstadt) als "Hilfstruppen" gezielt gegen "die Roten" eingesetzt wurden, veranstalteten darauf hin ein Massaker unter den unorganisierten Massen: 89 Tote und 1000 Verletzte. Das war der Wendepunkt in der Geschichte der 1. Republik, der endgültig die ArbeiterInnenbewegung von der Nachkriegsoffensive in die Defensive drängte und so langfristigen Weg in den Faschismus ebnete.

Die restlichen Jahre waren in Österreich gekennzeichnet von immer gewalttätigeren Angriffen des Staates und der Faschisten auf Linke und Gewerkschaften. Anti-Streik-Gesetze wurden unter dem Titel "Kampf gegen den Terrorismus" verschärft, die faschistischen Milizen "grüner" (christlicher) und inzwischen vermehrt auch "brauner" Prägung von den Gegnern der Arbeiterbewegung weiter aufgebaut. Vor allem aber auch ließ der Druck der Wirtschaftskrise die Streikrate sinken, die wachsende Arbeitslosigkeit schwächte die Gewerkschaften auch strukturell. Nicht zuletzt politisch war die Sozialdemokratie in Wirklichkeit sprachlos gegenüber den neuen Herausforderungen wie Börsen- und Bankenkrach (CA), wachsender Massenarmut und der Stärkung des Rechtsextremismus, da sie immer behauptet hatte, der Kapitalismus werde durch seine inneren Widersprüche und Krisen von selbst eines Tages zusammenbrechen. In der Praxis wurde inzwischen selbst die Auflösung des Parlaments, das Verbot verschiedener ArbeiterInnenorganisation und der ersten Maidemonstration (1933) mit nur symbolischen Protesten hingenommen. Statt zu demonstrieren schlug die Parteiführung nun vor, am 1. Mai 1933 zu "spazieren". Diese Entwicklung führte direkt in den 12. Februar 1934, wo sich ArbeiterInnen zwar spontan gegen das Verbot und die Entwaffnung des Republikanischen Schutzbundes und das vollständige Verbot ihrer Organisationen wehrten. Während sich der Widerstand noch einmal schnell ausbreitete, die ArbeiterInnen aber mit nur bescheidenen Waffen gegen die Kanonen des eingesetzten Bundesheeres kämpften, flohen die meisten Repräsentanten der SDAP oder ergaben sich der Polizei. Dort wo der Aufstand koordiniert wurde, hielten die Kämpfe zwar länger an. Die mutigen ArbeiterInnenführerInnen, die ihre Verantwortung wahrnahmen, blieben aber in der Parteispitze letztlich isoliert und wurden in mehreren Fällen vom austrofascistischen Regime hingerichtet. Eine bittere Niederlage für die österreichische ArbeiterInnenenschaft und das Ende des "austromarxistischen Modells" war die Folge. Zunächst in den Kerkern der austrofascistischen Diktatur, dann in den KZs der Nazis oder im Untergrund und Exil, zogen nicht wenige, vor allem junge SozialistInnen die Schlussfolgerung, mit diesem Modell und seinen Theorien zu Gunsten radikaleren Ansätzen brechen zu müssen ...

AUSTROMARXISMUS EINST UND HEUTE

Bei der Suche nach Alternativen zum Kapitalismus heute, stossen vor allem die Ideen des austromarxistischen "Cheftheoretikers" Otto Bauer inner- und außerhalb der SPÖ noch immer auf Interesse. Auch wenn aus Perspektive der SLP die Praxis in den 1920ern und 1930ern den "Dritten Weg" (Bauer) zwischen Reform und Revolution widerlegt hat, ist diese Attraktivität somit auch ein Ausdruck für die Ablehnung der aktuellen Politik der Etablierten. Vor allem für die verbleibenden Linken innerhalb der SPÖ scheint der Grund für diesen Rückgriff auf Bauer und Co. auf der Hand zu liegen: Es ist der Rückgriff auf die - zumindest im Vergleich zu heute - "goldenen Zeiten" der sozialdemokratischen Organisation im Roten Wien. Tatsächlich hat die Sozialdemokratie von damals mit jener von Gusenbauer und Co. nichts mehr gemein: Diese "historische Sozialdemokratie" bemühte sich, die österreichische ArbeiterInnenklasse zu organisieren und mit dieser potentiellen Stärke Politik zu machen. Sie bemühte sich unter großen Opfern, ihre Strukturen ständig weiter aufzubauen, anstatt Sektionslokale als angeblich nicht mehr zeitgemäß zu schließen. Sie verfügte über eine Reihe von Persönlichkeiten, die zumindest als linke Aushängeschilder und nicht korrumpierbar galten; die durch ihre gesellschaftspolitischen Ansagen ein rotes Tuch für das Bürgertum darstellten. Sie verfügte auch über eine gewerkschaftliche Basis, gegen die sie nicht handeln konnte und wollte. Und vor allem setzte die Sozialdemokratie in ihrem unmittelbaren Einflussbereich - selbst in Zeiten der Wirtschaftskrise - keine "Reformen" gegen die ArbeiterInnenklasse um, sondern bemühte sich, wenn auch mit untauglichen Mitteln und nur hinhaltend, einer "Logik" zu widerstehen, die behauptete, Sparpakete und Sozialabbau seien so etwas wie Naturgesetze.

von Albert Kropf und John Evers, SLP-Wien

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg waren die sozialistischen ArbeiterInnenparteien in einigen Staaten zu mächtigen Organisationen herangewachsen. So auch in Deutschland, Frankreich, Belgien und Österreich.

Durch diesen Erfolg geblendet, sind viele ParteifunktionärInnen der Illusion anheim gefallen, den Kapitalismus soweit reformieren zu können, dass eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht mehr notwendig sein würde. Auf jeden Fall haben die "Reformisten" und "Revisionisten" - wie diese neuen Strömungen, die eine Abkehr vom revolutionären Marxismus ausdrückten, bezeichnet wurden - die faktische Vorherrschaft in den meisten sozialdemokratischen Parteien Zentral- und Westeuropas erlangt. Das ging allerdings nicht ohne Widerstand ab; wie in Deutschland durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ebenso existierten gewichtige Ausnahmen dort, wo die allgemeinen Verhältnisse a priori wenig Spielraum für "Reformstrategien" bedeuteten; wie vor allem im russischen Zarenreich, aber auch am Balkan. Die österreichische Sozialdemokratie, auch geographisch in der "Mitte", versuchte sich in dieser Auseinandersetzung zwischen "Reform" und "Revolution" als Gesamtpartei nicht klar zu deklarieren. Demgegenüber existierten aber auch praktisch keine offenen linken Oppositionströmungen (zumindest in den Alpenländern), wie in anderen Teilen Europas. In Reden, Artikeln und Partei-

Ende Mai stehen Wahlen zur Österreichischen HochschülerInnenschaft an Bewegung gegen Studiengebühren aufbauen!

von Laura Rafetseder,
SLP-Wien

Von 22.-24. Mai finden ÖH-Wahlen statt. Auffällig ist, dass sich diesmal die Forderungen der ÖH-Fraktionen auf den ersten Blick nur wenig unterscheiden. Bis auf den rechtsextremen RFS, der die Wiedereinsetzung von Unirat Pendl fordert, der bei Nazi-Flieger Novotnys Grab "trauerte". Selbst die ÖVP-AG ist gegen Studiengebühren. Warum? Weil allen Studierenden klar ist, worin ihre großen Probleme bestehen: zu wenig Geld. Ein Konzept, wie die Studiengebühren tatsächlich abgeschafft werden können, präsentiert aber keine der Studienorganisationen.

UNSERE FORDERUNGEN

Studiengebühren ersatzlos streichen; Zugangsbeschränkungen abschaffen; Aufhebung des UOG 2002 und der Uni-Autonomie, wesentlich mehr Budget für die Unis; Rücknahme der "Reformen" von Rotschwarz in den 1990ern (Wiedereinführung der Studi-Freifahrt, Aufhebung der Begrenzung der Bezugsdauer von Studienbeihilfe auf Mindeststudiendauer, etc); Rücknahme der Wahlrechtsreform; Nein zu prekären Arbeitsverhältnissen; Ausbau der Studienbeihilfen auf einen existenzsichernden Betrag. Der Großteil der Forderungen findet sich zwar zumindest im Katalog der "linken" ÖH-Fraktionen wieder. Es gibt aber auch einige bedeutende Ausnahmen: die Rücknahme des UOG 2002 sowie die Wiedereinführung der Studi-Freifahrt, tauchen bei VSSStÖ und Gras im Wahlprogramm nicht auf. Liegt letzteres etwa daran, dass der VSSStÖ tapfer ein Semester Freifahrt von der Wiener SPÖ errittet hat. Diese fällt allerdings im Semester darauf wieder weg, sodass die Studis dann mehr Geld für ihre Tickets zahlen dürfen, Stich-

wort Tariferhöhung?

Was müsste eine Organisation, die wirklich die Interessen der Studierenden vertritt fordern? Und was müsste sie tun, um diese umzusetzen? Was keine Fraktion hat, ist ein Plan für weitere Schritte in der Mobilisierung gegen Studiengebühren. Die Wahlen sind eine Chance, möglichst viele Studis zu erreichen. Warum nützt das keine der Studienorganisationen, um Proteste zu organisieren? Wenn auch in den nächsten Wochen nicht mobilisiert wird, dann wurde



eine weitere Chance auf den Aufbau einer kämpferischen Studierendenvertretung. Die Demos nach Bekanntwerden des Regierungsprogramms (mobilisiert durch VSSStÖ und Gras, in Graz durch KSV und FLÖ) waren ein Anfang. Sie können aber nur ein erster Schritt gewesen sein, ebenso die Uni-Aktionswoche, die leider kaum Aktionen gesetzt hat. In Griechenland gibt es seit Juni 2006 eine Massenbewegung gegen Kürzungen im Bildungssektor, mit Demonstrationen, Besetzungen und vor allem Streiks. In Frankreich wurde der CPE erfolgreich verhindert, indem Jugendliche eine Bewegung aufgebaut haben, die ausreichend Druck ausgeübt hat, um

die Gewerkschaft zum Kampf zu zwingen. Das wäre auch in Österreich nötig - und muss von der ÖH-Führung organisiert werden. Sie hätte die Mobilisierungskraft unter Studierenden. Sie muss den ÖGB in seine Verantwortung zwingen. Denn betroffen von Studiengebühren sind auch ArbeitnehmerInnen, deren Kinder sich kein Studium mehr leisten können. Beschäftigte hätten die Macht, durch Streiks den Unternehmern wirklich weh zu tun. Auch SchülerInnen und Lehrlinge haben allen

Grund, gegen das Regierungsprogramm zu kämpfen. Der Grazer KSV fordert einen Boykott der Studiengebühren, - den er unter aktiver Einbeziehung der Studierenden umsetzen sollte, wenn er eine Mehrheit erhält. Und bei allem Respekt für die Aktionen von Gras und VSSStÖ: sie stellen in den letzten Jahren die Führung der ÖH. Der Abschaffung der Studiengebühren sind wir leider nicht näher gekommen.

VSSStÖ – WIE WEITER?

Die Frage ist auch, wie der VSSStÖ langfristig zu seiner Mutterpartei steht - wenn der Großteil der VSSStÖ-AktivistInnen offenbar keine SPÖ-Mitglieder mehr sind, warum

trennt er sich dann nicht auch politisch und finanziell von der SPÖ? Und wenn er das tut - welche Perspektive hat er? Würde er den Aufbau einer tatsächlich unabhängigen sozialistischen Studi-Organisation in Angriff nehmen? Würde er den Aufbau einer neuen Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche fordern? Und würde er einen ersten Schritt in diese Richtung setzen, zumindest in dem er die öffentliche Diskussion darüber anheizt? Der VSSStÖ hat mit dem Wahlaufruf für die SPÖ 2006 mit dem Versprechen, die Studiengebühren abzuschaffen Hoffnungen bei vielen Studierenden geweckt, die nun bitter enttäuscht wurden. Das bedeutet auch, dass er jetzt die Verantwortung hat, einen konsequenten Kampf zu führen - gegen die und unabhängig von der SPÖ.

AKTIV WERDEN!

Nötig wäre eine kämpferische Studierendenorganisation, die fähig ist, eine Bewegung gegen Studiengebühren aufzubauen und erfolgreich zu führen. Einer solchen Organisation sollte auch die Stimme bei den ÖH-Wahlen gegeben werden. Die SLP selbst ist auf der Uni nicht stark genug verankert um dieses mal bei den ÖH-Wahlen anzutreten. Das wäre aber notwendig, v.a. um zu zeigen welche Politik nötig wäre. Da keine der existierenden Organisationen derzeit wirklich kämpft und darüber hinaus sich die Programme der linken ÖH-Fraktionen sehr ähneln, ruft die SLP zu einer Stimme links von AG, RFS & Co. auf. Viel wichtiger als die Frage der Wahl ist aber die Frage "wie aktiv werden"? SLPlerInnen haben sich an den vergangenen Protesten beteiligt, im kleinen Rahmen solche auch initiiert, und werden auch in Zukunft gemeinsam mit anderen Studierenden aktiv sein!

Wenn es auch Dir reicht ...

von Sonja Grusch,
SLP-Wien

... dann komm zur SLP. In dieser Zeitung ist gar nicht genug Platz, um alles aufzuzählen, was einem so reichen kann. Das geht von "A" bfangjäger über "G" usenbauer und "M" olterer zu "Zwangsernährung" (für AsylwerberInnen im Hungerstreik). Und wenn es einem reicht, dann gibt's zwei Wege damit umzugehen: 1) sich ärgern und nix tun oder 2) sich organisieren und gemeinsam was dagegen tun. Laura (20), in Wien lebende Studentin, hat sich für Variante 2 entschieden. "Was mich zum Beitritt bewogen hat, war einerseits die Wut über gebrochene Wahlversprechen und andererseits der Drang selbst etwas zu ändern." Und dazu gabs in den letzten Wochen auch jede Menge Möglichkeiten. Im Regierungsprogramm finden sich eine ganze Reihe von Angriffen auf Jugend-

liche. Besonders zynisch sind die Maßnahmen gegen Lehrlinge. Sie sollen künftig leichter gekündigt werden können - und die Regierung behauptet, das würde Lehrstellen schaffen. Schon bisher sind durch Verschlechterungen bei Lehrlingen keine Jobs entstanden. Dafür verdienen sich die Lehr"herren" an den Subventionen eine goldene Nase. Obwohl auch die Gewerkschaftsjugend gegen diese Verschlechterungen ist, hat nur die SLP konkrete Aktionen gesetzt. Bei der Berufsinformationsmesse und in zahlreichen Aktionen vor Berufsschulen wurde über die geplanten Verschlechterungen informiert. Hunderte Jugendliche haben gegen geplanten Maßnahmen unterschrieben. Als Abschluss der Aktion fand am 29. März vor dem "Arbeits-Wirtschafts- und Sozialministerium" ein Sklavenmarkt statt. Unter dem Motto "jung-billig-willig" wurden jugendliche Arbeitssu-

chende versteigert. Zu Spottpreisen und mit hohen Subventionen - wie im richtigen Leben. Aber auch der Internationalismus kam in den letzten Wochen nicht zu kurz: Neben einer Protestaktion vor der griechischen Botschaft (in Solidarität mit den dortigen Studierendenprotesten und gegen die massive Polizeirepression) haben wir uns an Aktivitäten anlässlich des viernten Jahrestages des Krieges gegen den Irak beteiligt - mit einem deutlich sozialistischen und internationalistischen Profil. Statt eines plumpen "der Feind meines Feindes ist mein Freund" stellten wir die Notwendigkeit von ArbeiterInneneinheit in den Vordergrund. Keine simple Lösung - aber die einzige angesichts der sozialen Katastrophe und der religiösen und ethnischen Konflikte im Nahen/Mittleren Osten. Denn dass viele der Themen und Probleme, mit denen wir tagtäglich konfrontiert sind, zu-

sammenhängen und ihre Wurzeln letztlich in den Mechanismen des Kapitalismus liegen, das erkennen immer mehr Menschen. Unter anderem Andy, ein Schüler aus Hallein: "Da ich in Hallein jeden Tag mit Rassismus konfrontiert bin, ist es mir wichtig, dagegen Widerstand zu leisten. Aber nur durch den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus können Rassismus und Faschismus endgültig besiegt werden - darum bin ich der SLP beigetreten." Wir laden Dich ein, seinem Beispiel zu folgen!

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte

LINZ

jeweils Montag, 17.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH UND KÄRNTEN

nicht regelmäßig, Infos unter 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Hallein

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
"Lechenauers", Molnarplatz 16

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

WIEN

Jugend-Gruppe
jeden Montag um 19 Uhr,
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8, (U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr,
Fünfhauser Stüberl, 15., Löhrigasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 18 Uhr,
Piwnica, 20., Jägerstr. 38, (U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Süd

jeden Montag um 19 Uhr,
Bunte Kuh, 5., Ecke Zentagasse/Siebenbrunnengasse (U4 Pilgramgasse, S-Bahn Matzleinsdorfer Platz)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.



VORWÄRTS ist die Zeitung für
Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für
ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld,
aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



www.slp.at bringt Analysen zu aktuellen Themen und aktuelle Berichte von gewerkschaftlichen und politischen Aktionen aus aller Welt.

Regelmäßig vorbeischaun lohnt sich!



Wachsende soziale Kluft in China

*Kurs auf den Kapitalismus wird weiter forciert.
Probleme in China und für die Weltwirtschaft wachsen.*

Neues aus dem CWI

Droht linker PRC Auflösung?

ITALIEN – Die Führung der "Partei der Kommunistischen Wiedergeburt" (PRC) um Fausto Bertinotti überlegt im Zuge ihrer Regierungsbeteiligung inzwischen die Selbstauflösung in einem neuen "Projekt". Laut Parteilinken hat dieses allerdings nichts mit einer neuen ArbeiterInnenpartei zu tun, im Gegenteil. Marco Veruggio, Mitglied im Vorstand der PRC und der marxistischen Strömung Controcorrente - Sinistra PRC meint im Interview: "Die Demokratische Partei und das neue linke Projekt, das Bertinotti entwickeln will, könnten das Ende der Linken in Italien bedeuten. Die neue Partei, an der Bertinotti arbeitet, wäre nicht einmal sozialdemokratisch, sondern sozial-liberal. Deshalb kämpfen wir gegen dieses Projekt und fordern eine starke antikapitalistische Allianz, die sich an der sozialen Opposition und am Klassenkampf beteiligt. Eine solche neue Allianz könnte zu einem Bezugspunkt für die Arbeiterklasse und die sozialen Bewegungen werden."

Ganzes Interview auf www.slp.at

SozialistInnen brauchen Unterstützung

NIGERIA – Angesichts der Manipulationen bei den Wahlen im April rutscht Afrikas bevölkerungsreichster Staat immer tiefer in den Sumpf von Korruption und Krise. Die Demokratische Sozialistische Bewegung (DSM), eine der wichtigsten sozialistischen Organisationen des Kontinents, bittet deshalb dringend um Unterstützung für ihre Kampagne zur Annullierung der Resultate: Mit bereits 300 Euro können z.B. 50.000 Flugblätter produziert werden. Nähere Infos und Kontoverbindung: <http://www.socialistnigeria.org>

CWI-Abgeordneter kritisiert Bush-Besuch

IRLAND – Der Parlamentsabgeordnete der irischen Schwesterpartei der SLP, Joe Higgins, kritisiert den irischen Premier Bertie Ahern heftig für dessen jüngsten Besuch bei US-Präsident Bush. Vor allem wollte Higgins im Parlament wissen, ob der Premier sich bei Bush nach einer neuer Begründung oder Entschuldigung für die Invasion im Irak erkundigt habe, nachdem sich die Begründungen, die beim letzten Besuch gegeben wurden, allesamt als Lügen heraus gestellt haben. Bericht und O-Ton auf: <http://www.socialistworld.net/>

www.socialistworld.net

von Lisa Wawra, SLP-Wien

Bei der diesjährigen Versammlung des "Nationalen Volkskongresses" versprach die chinesische Regierung, mehr in Umweltschutz, Bildung und das Gesundheitssystem zu investieren. Außerdem wurde ein neues Gesetz für privates Eigentum verabschiedet und eine weitere Öffnung Chinas für den freien Markt in Aussicht gestellt. Doch was bedeutet das jetzt für die Bevölkerung?

VOLKSKONGRESS: VERSAMMLUNG DER SUPERREICHEN

Die CCP (Kommunistische Partei) ist nach wie vor die einzige Partei Chinas. Theoretisch gehörte bis jetzt alles Eigentum des Einzelnen dem Staat, der eins mit der Partei ist. Und die besteht vor allem aus den reichsten Menschen des Landes. 90% der 20.000 reichsten Menschen in China sind Mitglied der Partei oder Verwandte von Mitgliedern. Die CCP und der gesamte bürokratische Apparat stehen noch immer in der stalinistischen bürokratischen Tradition des Mao Regimes, doch der soziale Anspruch ist längst verloren gegangen.

KONTROLLIERTE WANDLUNG ZUM KAPITALISMUS

Die Verabschiedung des Gesetzes und der Wille zur weiteren Öffnung Chinas für den freien Markt sind eindeutige Signale für eine komplette Wandlung in ein kapitalistisches Land, wenn auch China dieses Stadium noch nicht erreicht hat. Die gegenwärtigen Machthaber fürchten sich vor den Auswirkungen, die eine totale Öffnung für den Kapitalismus mit sich bringen würde, wie man an dem katastrophalen Zusammenbruch der UdSSR sah. Das "Reich der Mitte" versucht seinem Namen treu zu bleiben, indem es nur Teile des Kapitalismus einführt und Elemente der stalinistischen Unterdrückung beibehält.

KLUFT ZWISCHEN ARM UND REICH WÄCHST

So wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer, das neue Gesetz für Privateigentum schützt vor allem die Errungenschaften der Reichen und der Mittelklasse, während die ärmeren Schichten nichts zu schützen haben. Es gesteht den Bürgern DVD-Player, Autos usw. genauso zu wie Kohleminen als zu schützendes Privateigentum. Nur Landflächen sind ausgenommen. D.h. die ärmsten der ChinesInnen, nämlich die Bauern, müssen weiterhin das Ackerland vom Staat pachten und können jederzeit enteignet werden. Zudem kommt, dass die korrupte lokale Ver-



waltung das Gesetz oft zu Gunsten der Elite auslegen wird, da diese sich in einem heftigen internen Standortwettbewerb um ausländische Investoren befinden.

WENIG GELD FÜR SOZIALAUSGABEN

Auch die anderen Zustände der Regierung erweisen sich als nichts mehr als heiße Luft. Sieht man/frau sich die chinesische Gesellschaft genauer an, wird bald klar, dass der chinesische Staat auch in Zukunft nicht mehr

als 4 % der Staatseinnahmen für Bildung ausgeben wird, und sich das Krankenhauspersonal weiterhin mit Helmen und Sicherheitsbeamten vor den wütenden Patienten, die gegen die Erhöhung der Spitals- und Arztkosten protestieren, schützen muss.

BILLIGLÖHNE UND UNTERDRÜCKUNG VON PROTESTEN

Die reichsten 10 % der chinesischen Bevölkerung besitzen 45% des Vermögens, die ärmsten 10% (v.a. die 100-200 Millionen WanderarbeiterIn-

nen) lediglich 1,4%. Ein/e StädterIn verdient durchschnittlich 6x soviel wie ein/e LandbewohnerIn, zahlt aber 4x weniger Steuern. Aufgrund dieser Zustände gab es allein 2005 über 87.000 Protestaktionen mit jeweils mehr als 1.000 TeilnehmerInnen. Und das, obwohl es keine unabhängige kämpferische Gewerkschaft oder sonstige Organisation für ArbeitnehmerInnen gibt.

"WIRTSCHAFTSWUNDER" AUF TÖNERNEN FÜSSEN?

Die extrem niedrigen Löhne

des Großteils der Bevölkerung bringen China zwar den "Vorteil", billig produzieren zu können, und somit viele Investoren aus dem Ausland. Andererseits kann China dadurch nur einen sehr geringen Teil der Produkte im eigenen Land absetzen.

Daher ist es auf Exporte angewiesen. Der größte Handelspartner sind die USA. Der asiatische Staat ist mittlerweile der zweitgrößte Erzeuger von Autos und Papier. Bald wird Chinas Wirtschaft die der USA überholt haben, und noch mehr Billigprodukte "made in China" werden den europäischen Markt überschwemmen. Andererseits importiert China immer mehr Rohstoffe zur Energieerzeugung sowie Nahrungsmittel, was die Preise dafür steigen lässt.

VOM MOTOR ZUM PROBLEMFALL DER WELTWIRTSCHAFT

Angesichts des schnellen Wachstums und der massiven Exporte ist eine Aufwertung des Yuan (chinesische Währung) längst überfällig. Eine Aufwertung kann zweierlei bedeuten: Einerseits steigen so die Kosten der Exporte nach Europa und in die USA, was gar nicht im Interesse Chinas ist. Andererseits kann China so Nahrungsmittel und Rohstoffe billiger importieren. China muss auf jeden Fall mit der Aufwertung des Yuan gegenüber dem Dollar massive Verluste der eigenen Dollar-Reserven in Kauf nehmen. Diese Ereignisse werden auf jeden Fall die gesamte Weltwirtschaft betreffen. Klar ist, je länger die Aufwertung hinausgezögert wird, desto schwerwiegender die Folgen, desto schärfer die internationale Wirtschaftskrise.

PIONIERLEISTUNG IN DER CHINA-SOLIDARITÄT

Neben diesen Widersprüchen und Problemen, ist allerdings vor allem zu erwarten, dass sich in China auch das Widerstandspotential von "Unten" weiter ansammelt. Wichtig ist es, nicht zuletzt mit internationaler Solidarität Bewegungen in Richtung der Organisation von ArbeiterInnen zu unterstützen, die Kräfte zu bündeln um damit die Machthaber unter Druck zu setzen. Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (CWI/KAI) hat in diesem Zusammenhang unter anderem eine einzigartige Initiative gestartet, nämlich eine eigene Website auf der laufend über China "von Unten" informiert wird und auch konkrete Möglichkeiten beschrieben werden die sozialistische Opposition im Land zu unterstützen:

<http://www.chinaworker.info>

11/05/2007:

Warum und wie wir Bush bekämpfen

Veranstaltung mit Jesse Lessenger,
Antikriegs-Aktivist und Sozialist aus Boston/USA.

Jesse wird von der Bewegung gegen den Krieg in den USA berichten. Dort hat die "Socialist Alternative", unsere Schwesterorganisation, durch verschiedene Kampagnen den Kriegstreibern aus Regierung und Wirtschaft das Leben schwer gemacht. Er war und ist aktiv in der *Socialist Alternative* und gegen Krieg.

Ort: "Amerlinghaus", Wien 7, Stiftgasse 8
Datum: Freitag, 11.05.'07 um 19:00 Uhr

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 164

Mai 2007

Nach Verhaftungen in der Nazis-Szene:

Faschismus weiter bekämpfen - Stüberheim schließen

Weg mit dem Nazi-Zentrum!



von Herbert Wanko,
SLP-Wien/Ottakring

Jahrelang haben Polizei und Politik weggeschaut und Rechtsextreme und Faschisten verharmlost. Die steigende Zahl rassistischer Übergriffe und die wachsende Brutalität bei Angriffen von Rechtsextremen und Nazis wurden ignoriert. Der antifaschistische Kampf wurde aber trotzdem geführt. In zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Aktionen wurde immer wieder auf die Gefahr aus den rechtsextremen und faschistischen Lagern hingewiesen und in die Öffentlichkeit getragen. Oftmals konnten Nazi-Aufmärsche und Kundgebungen, sowie rechte Veranstaltungen verhindert werden, da es noch genug dagegen kämpfende AntifaschistInnen gibt. Eine wichtige Rolle im antifaschistischen Kampf spielte und spielt dabei die SLP, die als treibende Kraft im Kampf gegen den v.a. in Oberösterreich aktiven "Bund Freier Jugend" (BFJ) und die Wiener "Arbeitsgemeinschaft für Politik" (AFP) auftritt.

ERFOLG FÜR DIE ANTIFASCHISTISCHE BEWEGUNG – ABER "AUSRUHEN" VERBOTEN

Nachdem die Polizei im

vorigen Jahr noch die Frechheit hatte, AntifaschistInnen festzunehmen, die gegen einen Naziaufmarsch in Ried i. Innkreis demonstrierten, wurde den öffentlichen Organen der Druck zu groß, und sie konnten nicht mehr länger wegschauen.

Der BFJ konnte sein jährliches großes Treffen ("Tag der volkstreuern Jugend") nicht in Oberösterreich abhalten und wich nach Salzburg aus. Doch auch dort wurde die Veranstaltung aufgelöst und zahlreiches rechtsextremes und faschistisches Material beschlagnahmt. Ein paar Tage danach wurden drei führende Mitglieder des BFJ verhaftet und sollen wegen Verstößen gegen das Verbotsgesetz angeklagt werden. Dies ist für uns AntifaschistInnen ein positives Ergebnis unseres permanenten Kampfes, jedoch ist dieser damit noch lange nicht gewonnen. Dass diese Verhaftungen sehr leicht zur Eintagsfliege mutieren können und

wir uns nicht auf die Politiker verlassen dürfen, zeigt schon die Aussage des Bürgermeisters von Marchtrenk, der meinte, dass es in Marchtrenk keine braune Organisation, sondern nur "einige wenige Leute mit diesem Gedankengut gebe" (<http://derstandard.at>, 7.4.2007)

NAZIBEDROHUNG
NUN STÄRKER IN WIEN

Auch wenn die rechtsextreme Szene durch diese Verhaftungen geschwächt ist, ist sie noch nicht zerschlagen, und wir müssen verhindern, dass sie sich neu formiert. Deswegen ist es gerade in der jetzigen Situation unbedingt notwendig, sofort nachzuhaken und weitere Aktionen zu setzen. Die Wiener AFP, deren Jugendorganisation der BFJ ist, wird alles unternehmen, um ihre "Kameraden" in Oberösterreich zu unterstützen. Es wurden auch schon AFP-Flugblätter an oberösterreichische Haushalte verteilt.

NAZIZENTRUM MITTEN
IN OTTAKRING MUSS WEG

Die AFP, die in Wien im 16. Bezirk das "Fritz Stüber Heim" zum Treffpunkt auch für jun-

ge Rechts-Außen machen will ist Thema einer von der SLP geführten Kampagne, die gerade angelaufen ist. Den Auftakt machte eine Kundgebung am 20. April am Yppenplatz beim Brunnenmarkt, bei der auf das im 16. Bezirk befindliche Stüber-Heim hingewiesen wurde. Das Interesse war groß und es zeigte sich, dass viele Ottakringerinnen und Ottakringer gar nichts davon wussten, dass in ihrem Bezirk ein Nazitreffpunkt ist. Es wird noch viele weitere Aktionen geben, bei denen wir gemeinsam mit den betroffenen AnrainerInnen gegen die Nazis auftreten werden. Jedoch reicht es nicht, die Rechten aus Ottakring zu vertreiben, da sie sich ja überall aufhalten und überall bekämpft werden müssen. Deswegen beschränken wir uns natürlich nicht auf Ottakring, sondern werden auch in den anderen Wiener Bezirken verstärkt gegen Rechtsextremismus und Nazis mobilisieren.

Veranstaltung Was ist das "Fritz- Stüber-Heim"

Das einstige "Freiherr-von-der-Trenck-Heim" der AFP Wien in der Koppstraße 72 wurde 1993 in "Dr.-Fritz-Stüber"-Heim umbenannt. Stüber war ein in der Szene hochangesehener Nazi-Schreiberling. Er führte nach 1945 den VdU Wien (Vorläufer der FPÖ) und war Chefredakteur der VdU-Wochen-Zeitung. Sein Auftreten war selbst dem VdU zu heftig. Stüber wurde 1953 wegen "Rechtsabweichung" (!) ausgeschlossen.

Das Stüber-Heim ist ein wichtiger Treffpunkt des Rechtsextremismus und der Nazi-Szene. In den letzten Jahren häufen sich Beispiele für die Nutzung durch gefährliche Schläger-Nazis und diverse konspirative Treffen, auch mit ausländischer Beteiligung. Im November 2000 wurde nach einer Rauferei eine Zusammenrottung von 50 Faschisten aufgelöst, an der auch das einstige Führungsduo der militanten "VAPO", Küssel und Endres teilgenommen hatte. In den Folgejahren fanden Treffen des in Oberösterreich starken "BFJ" statt. Im September 2004 war ein Wiener Nazi-Skinhead als Referent über den Gründer des Nazi-Netzwerkes "Blood & Honour" eingeladen. Dies war wohl ein wichtiger Beitrag zur Annäherung zwischen AFP und der kompromisslos gewalttätigen Nazi-Szene, die heute noch stärker zu beobachten ist.

Veranstaltung mit einem Vertreter des Dokumentationsarchivs der österreichischen Widerstandes

20.6.2007, 18.30

Volkshochschule Ottakring,
16, Ludo-Hartmann-Platz 7

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at